

Die wirtschaftliche Annäherung zwischen dem Deutschen Reiche und seinen Verbündeten

Zweiter Teil

Herausgegeben von
Heinrich Herkner



Duncker & Humblot *reprints*

Schriften
des
Vereins für Sozialpolitik.

155. Band.

**Die wirtschaftliche Annäherung zwischen dem
Deutschen Reiche und seinen Verbündeten.**

Herausgegeben von Dr. Heinrich Herkner.

Zweiter Teil.



Verlag von Dunder & Humblot.
München und Leipzig 1916.

Die wirtschaftliche Annäherung zwischen dem Deutschen Reiche und seinen Verbündeten.

Herausgegeben im Auftrage des Vereins für Sozialpolitik

von

Dr. Heinrich Hertner,

Geb. Regierungsrat und Professor der Staatswissenschaften
an der Universität zu Berlin.

Zweiter Teil.

Mit Beiträgen von F. Eulenburg, R. Robatsch,
W. Schiff, A. Winnig, R. Wiffel, A. v. d. Leyen,
R. Wiedensfeld und D. Rottmann.



Verlag von Duncker & Humblot.

München und Leipzig 1916.

Alle Rechte vorbehalten.

Altenburg, S.-M.
Pieret'sche Hofbuchdruckerei
Stephan Weibel & Co.

Inhaltsübersicht.

	Seite
1. Die Stellung der deutschen Industrie zum wirtschaftlichen Zweibund. Von Dr. Franz Eulenburg, a. o. Prof. der Staatswissenschaften an der Universität in Leipzig	1
I. Die prinzipielle Frage	3—15
1. Politik und Wirtschaft	3
2. Die Formen der Annäherung	7
II. Der österreichisch-ungarische Markt bisher	16—70
1. Der Außenhandel zwischen dem Zweibund	16
2. Österreich-Ungarns Einfuhr nach Deutschland	19
3. Deutsche Ausfuhr nach Österreich-Ungarn	22
4. Buch-, Kunst- und graphische Gewerbe	26
5. Mineralische Rohstoffe und Mineralöle	28
6. Lederindustrie	32
7. Maschinenindustrie	35
8. Metallverarbeitung	42
9. Holz- und Schnitzstoffe	45
10. Textilindustrie	48
11. Keramische Industrie	55
12. Chemische Industrie	58
13. Elektrotechnik	60
14. Papierindustrie	61
15. Eisenindustrie	63
16. Nahrungsmittelgewerbe	66
17. Zusammenfassung	69
III. Über die künftigen Entwicklungsmöglichkeiten	71—121
1. Die drei Bedingungen wirtschaftlicher Entwicklung	71
2. Deutsche Verdrängung fremder Konkurrenz	77
3. Eindringen ö.-u. Produkte in Deutschland	84
4. Wirkung auf die ö.-u. Industrie	88
5. Geographische Arbeitsteilung	94
6. Günstige Folgen der Konkurrenz	97
7. Handel mit den Balkanländern	98
8. Kartellierung der Industrie	100
9. Erstarkung der ö.-u. Volkswirtschaft	102
10. Vorläufige Ergebnisse	109

	Seite
Anhang I: Beispiele für Produktionskosten in Deutschland und Österreich	122
„ II: Deutschlands Außenhandel nach Hauptabteilungen und Ländern 1912/13	124
„ III: Deutschlands industrielle Ausfuhr nach Gewerbegruppen 1907/08 und 1912/13	126
„ IV: Österreich-Ungarns Außenhandel nach Gewerbegruppen 1912/13	127
2. Stellungnahme der Industrie und der Gewerbe Österreichs zur wirtschaftlichen Annäherung der beiden Zentralmächte. Von Prof. Dr. Rudolf Kobatsch, Generalsekretär des Niederösterreich. Gewerbevereins in Wien	129
I. Allgemeine Gesichtspunkte	131
Einwände gegen den wirtschaftlichen Zusammenschluß; Hinweis auf die Gestaltung der deutsch-österreichisch-ungarischen Handelsbilanz; verschiedene wirtschaftliche Entwicklung; Unterschiede auf kredit- und währungs-politischem Gebiete; Verschiedenheit der Rechtsordnungen; Einwendungen mit Hilfe handels- und produktionsstatistischer Daten.	
II. Stellungnahme der einzelnen Produktionszweige zur Wirtschaftsgemeinschaft	136
a) Glasindustrie und Keramik; b) Baumwollindustrie (Spinnerei und Weberei); c) Leinenindustrie; d) Wollenindustrie; e) Seidenindustrie; f) Wäschewarenherzeugung; g) Bekleidungs-gewerbe, Schuherzeugung; h) Kunstgewerbe; i) Zuckerindustrie, Spiritusindustrie und Bierbrauerei; k). Chemische Industrien; l) Eisenindustrie; m) Maschinenindustrie.	
III. Stellungnahme der Arbeiterschaft	143
Anhang	145
Äußerungen industrieller und gewerblicher Körperschaften Österreichs über die wirtschaftliche Annäherung an das Deutsche Reich (Mittel-europäische Wirtschaftsvereine, Handels- und Gewerbe-kammern in Brünn, Reichenberg und Wien; Bund der Industriellen Österreichs und seiner Sektionen in Wien, Aussig, Teplitz; Industrieller Klub; Versammlung der gewerblichen Genossenschaften und Fachvereinigungen im Niederösterreichischen Gewerbevereine; Reichshandwerkrat; Reichsverband der Gewerbevereine; Verband österreichischer Metallwarenproduzenten; Verband österreichischer Hutindustrieller; Verein der Baumeister Österreichs).	
3. Der Arbeiterschutz im Deutschen Reiche und in der österr.-ungarischen Monarchie. Von Dr. Walter Schiff, R. R. Ministerialrat und a. o. Prof. a. d. Universität in Wien	169
I. Das sachliche Geltungsgebiet der Arbeiterschutzvorschriften . .	174
II. Das persönliche Geltungsgebiet der Arbeiterschutzvorschriften .	176

	Seite
III. Personenschutz für Kinder unter 14 Jahren und für Jugendliche unter 16 Jahren	178
1. Gesetzliche Arbeitsverbote für Kinder und Jugendliche (Mindestalter)	178
2. Ausnahmen vom Mindestalter, Ausschluß der Kinder und Jugendlichen von ungeeigneten, ungesunden, gefährlichen Arbeiten durch die Verwaltung	180
3. Gesetzliche Vorschriften über Höchstarbeitszeit für Kinder	183
4. Gesetzliche Vorschriften über Höchstarbeitszeit für Jugendliche	184
5. Gesetzliche Vorschriften über Nachtarbeitverbot und Mindestruhe für Kinder und Jugendliche	187
6. Gesetzliche Vorschriften über Arbeitspausen für Kinder und Jugendliche	188
7. Erweiterung oder Einschränkung der Arbeitszeitvorschriften (Abschnitte 3—6) für Kinder und Jugendliche durch die Verwaltung.	190
IV. Personenschutz für Frauen ohne Unterschied des Alters.	196
1. Dauernde Arbeitsverbote für Frauen	196
2. Arbeitsverbote für Wöchnerinnen	197
3. Gesetzliche Vorschriften über Höchstarbeitszeit für Frauen	197
4. Gesetzliche Vorschriften über Nachtarbeitverbot und Mindestruhe für Frauen	198
5. Gesetzliche Vorschriften über Arbeitspausen für Frauen .	200
6. Erweiterung oder Einschränkung der Arbeitszeitvorschriften (Abschnitte 3—5) für Frauen durch die Verwaltung .	202
V. Personenschutz für Arbeiter ohne Unterschied von Geschlecht und Alter	206
1. Zulassung zur Arbeit	206
2. Gesetzliche Vorschriften über Höchstarbeitszeit	207
3. Arbeitspausen.	208
4. Gesetzliche Arbeitszeitvorschriften für den Handel.	209
5. Ausdehnung der Arbeitszeitvorschriften ohne Unterscheidung von Geschlecht und Alter durch die Verwaltung	210
6. Einschränkung der Arbeitszeitvorschriften ohne Unterscheidung von Geschlecht und Alter durch die Verwaltung	212
VI. Sonn- und Feiertagsruhe	217
1. Grundsätzliche Vorschriften	217
2. Gesetzliche Ausnahmen	218
3. Einschränkung der Sonntagsruhe durch die Verwaltung	219
4. Ausdehnung der Sonntagsruhe durch die Verwaltung .	222
VII. Arbeitsordnungen	223
VIII. Betriebsschutz.	223
1. Gesetzliche Vorschriften	223
2. Ergänzung der allgemeinen Vorschriften durch die Verwaltung	226

	Seite
IX. Lohnzahlungsvorschriften	229
X. Sicherung der Durchführung des Arbeiterschutzes	230
XI. Zusammenfassung und Ergebnisse	233
4. Die Annäherung der Zentralmächte und die Arbeiter. Von August Winnig, Stellv. Vorsitzender des deutschen Banarbeiter- verbandes, Hamburg	247
I. Geschichtlicher Überblick	249—252
1. Das Donauland als deutsche Kolonie in der Geschichte	249
2. Das Ringen um die staatliche Einheit der Nation.	250
3. Österreichs deutsche Aufgabe; die Stellung der Donau- monarchie zum Deutschen Reiche und in der Weltpolitik	251
II. Beziehungen zwischen den Arbeitern Deutschlands und Öster- reich-Ungarns	252—260
1. Geistige Beeinflussung der österreichisch-ungarischen Ar- beiter durch die deutsche Arbeiterbewegung; das deutsche Gewerkschaftssystem als Vorbild; Ausstrahlungen nach den Balkanländern.	252
2. Österreichisch-ungarische Arbeiter in Deutschland, ihre Stärke in verschiedenen Berufsabteilungen und Gebieten	256
3. Organisatorische Beziehungen als Folge der Arbeiter- wanderungen	258
4. Deutsche Arbeiter in den Donauländern	259
III. Die Annäherung beider Reiche als Ergebnis des Krieges	260—265
1. Die Annäherung als politische Notwendigkeit und als Ausdruck gemeinsamer Verantwortlichkeit	260
2. Fort mit den Aufenthaltsbeschränkungen	261
3. Die Annäherung auf dem Gebiet der Sozialversicherung	262
4. Wirtschaftspolitische Annäherung	263
5. Ein Beitrag zur Frage der Annäherung des sozialen Ver- sicherungsrechts Österreichs an das Deutschlands. Von Rudolf Wissell, Arbeiterssekretär, Berlin	267
Einleitung	269
Allgemeine Übersicht über die österreichische Sozialversicherung.	270
Die Bestrebungen zur Invaliden- und Altersversicherung der kleinen Selbständigen in Österreich	271
Der erste Entwurf der österreichischen Regierung vom 3. November 1908	272
Die Gründe für die Nichtaufnahme der Invalidenversicherung der Selb- ständigen	276
Die neuen Entwürfe 1909 und 1911	279
Unmöglichkeit einer Selbständigenversicherung als Reichseinrichtung	280
Auf welchen Wegen kann man einer Selbständigenversicherung näher kommen?	281
Das Ausgebirge in Österreich	285
Kann nicht eine Unfallversicherung der Selbständigen in der Land- wirtschaft nach deutschem Muster geschaffen werden?	287

	Seite
Diese Versicherung in Deutschland	288
Die Invaliden- und Altersversicherung in Ungarn	292
Kurzoisische Übersicht über die verschiedenen Zweige der Versicherung in Deutschland und Österreich	293
Schluß	295
6. Die Verkehrsbeziehungen zwischen dem Deutschen Reich, Österreich und Ungarn. Ihre Entwicklung und ihre Fortbildung bei engeren Handelsbeziehungen. Von Dr. Alfred von der Leyen, Wirkl. Geh. Rat, o. Honorar-Professor an der Universität Berlin . .	297
I. Einleitung: Die Handels- und die Tarispolitik des Deutschen Reiches und der österr.-ungar. Monarchie	299
II. Geschichtliche Entwicklung der Eisenbahnbeziehungen zwischen dem Deutschen Reich, Österreich und Ungarn.	304
1. Der Verein deutscher Eisenbahnverwaltungen	304
III. 2. Das deutsche Handelsgesetzbuch, die Reichsverfassung und das (Berner) Internationale Übereinkommen über den Eisenbahn- frachtverkehr	316
IV. 3. Die Staatsverträge und die Handelsverträge.	324
V. 4. Die Tarife	331
VI. Bisherige Ergebnisse und weitere Fortbildung	341
1. Allgemeines	341
VII. 2. Personen- usw. Verkehr	344
VIII. 3. Güterverkehr und Gütertarife	347
IX. Die Wasserstraßen. Die tatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse	356
X. Verbesserungen des Wasserstraßenverkehrs. Donau, Elbe, Kanäle	360
7. Die deutsch-türkischen Wirtschaftsbeziehungen und ihre Ent- wicklungsmöglichkeiten. Von Dr. Kurt Wiedenfeld, o. Prof. der Staatswissenschaften a. d. Universität Halle a. S.	373
I. Deutschlands Interessen an der Türkei	375
II. Die deutsch-türkischen Wirtschaftsbeziehungen	376
1. Die deutschen Siedlungen	376
2. Die deutsch-türkische Seeschifffahrt	377
3. Der deutsch-türkische Güteraustausch	381
4. Die deutschen Kapitalanlagen	387
III. Das Wirtschaftsleben der Türkei	403
1. Der Ackerbau	404
2. Die Viehzucht und Waldwirtschaft	408
3. Die Gewerbe	410
4. Verkehr und Handel	413
IV. Die Entwicklungsmöglichkeiten	423
1. Landwirtschaft und Bevölkerungsfrage	424
2. Die gewerblichen Betriebe	436
3. Die Verkehrsanstalten	440
V. Deutschlands Aufgabe	446

	Seite
8. Denkschrift der bulgarischen Regierung über den Anschluß Bulgariens an die Mittelmächte und die Türkei	451
1. Was ist der Krieg?	453
2. Betrachtungen über unsere bisherige Neutralität	454
3. Mit wem muß Bulgarien halten?	458
4. Warum Bulgarien die Neutralität preisgeben muß	469
5. Schlußfolgerung.	476
9. Zur Frage einer Wirtschaftsgemeinschaft zwischen Mitteleuropa und Rumänien. Von Dr. Kottmann, Bukarest	479
Kapitel I. Die den Zentralmächten aus dem Anschluß Rumäniens erwachsenen Vorteile	481
II. Die Donaufrage	490

**Die Stellung der deutschen Industrie
zum wirtschaftlichen Zweibund.**

Von

Franz Eulenburg (Leipzig).

Inhalt.

	Seite
I. Die prinzipielle Frage	3—15
1. Politik und Wirtschaft	3
2. Die Formen der Annäherung	7
II. Der österr.-ung. Markt bisher	16—70
1. Der Außenhandel zwischen dem Zweibund	16
2. Österreich-Ungarns Einfuhr nach Deutschland	19
3. Deutsche Ausfuhr nach Österreich-Ungarn	22
4. Buch-, Kunst- und graphische Gewerbe	26
5. Mineralische Rohstoffe und Mineralöle	28
6. Lederindustrie	32
7. Maschinenindustrie	35
8. Metallverarbeitung	42
9. Holz- und Schnitzstoffe	45
10. Textilindustrie	48
11. Chemische Industrie	55
12. Keramische Industrie	58
13. Elektrotechnik	60
14. Papierindustrie	61
15. Eisenindustrie	63
16. Nahrungsmittelgewerbe	66
17. Zusammenfassung	69
III. Die künftigen Entwicklungsmöglichkeiten	71—121
1. Die drei Bedingungen wirtschaftlicher Entwicklung	71
2. Deutsche Verdrängung fremder Konkurrenz	77
3. Eindringen ö.-u. Produkte in Deutschland	84
4. Wirkung auf die ö.-u. Industrie	88
5. Geographische Arbeitsteilung	94
6. Günstige Folgen der Konkurrenz	97
7. Handel mit den Balkanländern	98
8. Kartellierung der Industrie	100
9. Erstarkung der ö.-u. Volkswirtschaft	102
10. Vorläufige Ergebnisse	109
Anhang I: Beispiele für Produktionskosten in Deutschland und Österreich . .	122
" II: Deutschlands industrielle Einfuhr und Ausfuhr nach Gewerbe- gruppen 1907/08 und 1912/13	124
" III: Deutschlands Außenhandel nach Hauptabteilungen und Ländern 1912/13	126
" IV: Österreich-Ungarns Außenhandel nach Gewerbegruppen 1912/13	127

I. Die prinzipielle Frage.

1. Ein anderes ist von vornherein die Aufgabe des Politikers, ein anderes die Aufgabe des Vertreters der Wissenschaft. Jener stellt sich ein Ziel und sucht es mit den Mitteln der Überredung plausibel zu machen und zu empfehlen. Der Appell an den Willen wird seine Hauptstärke ausmachen. Ihn gilt es zu beeinflussen und nach bestimmter Richtung zu lenken. Dieser hingegen muß die Fälle der Möglichkeiten durchgehen, das Für und Wider abwägen, ohne sicher zu sein, das politisch vielleicht wünschenswerte Ziel auch als erreichbar aufzeigen zu können. Er hat es nur mit dem Verstande zu tun, ohne dem Gefühl und der Stimmung, ohne auch dem Willen zur Tat in seinen Erwägungen Raum geben zu können. Gerade in der besonnenen Kritik muß sein Verdienst liegen. Für die Praxis vermag andererseits nur eine solche Erörterung wirklich fruchtbar zu werden, die, ganz unbeeinflusst von der hohen Politik, den Dingen voraussetzungslos zu Leibe geht. Sonst verfehlt sie ihren Zweck. Für uns ist das Thema gegeben. Das Resultat selbst aber steht keineswegs von vornherein fest, sondern muß erst aus der Untersuchung gewonnen werden.

Gewiß, der Gedanke eines mitteleuropäischen Wirtschaftsblockes von Hamburg bis Konstantinopel hat etwas Faszinierendes an sich. Seit den Tagen des Freiherrn von Brudß hat er immer wieder die Geister beschäftigt¹. Die Vorteile liegen auf der Hand. Sie scheinen die allerbedeutungsvollsten, seitdem zuerst Adam Smith jenen Zusammenhang zwischen Größe des Marktes, Durchführung der Arbeitsteilung und Erhöhung der Produktivität ein für alle Male aufgedeckt hatte. Man hat im Hinblick auf die Vereinigten Staaten das Problem

¹ Eine Darstellung der neueren Bestrebungen bei E. Franke, Zollpolitische Einigungsbestrebungen in Mitteleuropa während des letzten Jahrzehntes (Schriften des Vereins für Sozialpolitik 1900). — L. Bosc: Zollallianzen und Zollunionen, deutsch von E. Schilder 1907, S. 237—311. — Hermann Lofsch, Der mitteleuropäische Wirtschaftsblock und das Schicksal Belgiens. 1914. — F. von Vitz, Ein mitteleuropäischer Staatenverband 1914.

so formuliert²: „je größer der Raum, je größer die Bevölkerung, desto leichter eine Vielfältigung der Produktion und der Abgrenzungsmöglichkeit“. Auch der weit bescheidenere Plan eines wirtschaftlichen Zweibundes muß gerade in unseren Tagen fast von selbst mit besonderer Lebhaftigkeit entstehen. Nichts liegt näher als der Gedanke, aus dem militärisch-politischen Zusammengehen der beiden Zentralmächte auch eine dauernde wirtschaftliche Interessengemeinschaft zu gestalten. Der Gedanke hat den begeistertsten Widerhall bei Politikern wie bei Gelehrten beider Länder, bei den Vertretern von Landwirtschaft, Industrie und Handel gefunden³. Er sei schon darum für die Zentralmächte eine Notwendigkeit, so hat man gesagt, weil künftig auch die übrigen Mächte sich wirtschaftlich-politisch zusammenschließen würden. Uns bleibe dann gar nichts anderes übrig als ein Gleiches zu tun. Das Argument klingt verlockend genug. Ein 120-Millionenreich, das zum guten Teile sich selbst genügt, kann in den künftigen Handelsbeziehungen ein viel entscheidenderes Wort mitsprechen, als wenn beide Länder getrennt auftreten. Diese Erwägungen scheinen für sich selbst zu sprechen; man wird sie aufs eingehendste prüfen müssen und kann sich ihrer Tragweite nicht entziehen. Es handelt sich eigentlich nur noch um das Wie. Vom deutschen Standpunkt ist dabei die Stellung der Industrie das zentrale Problem, um das es sich bei der Frage der wirtschaftlichen Annäherung eigentlich dreht. Darum ist eine prinzipielle Vorbemerkung am Platze.

In der Mehrzahl der bisherigen Äußerungen über die künftige

² Philippovich: Ein Wirtschafts- und Zollverband zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn 1914. S. 51.

³ Außer den eben genannten Schriften noch Stengel, Zur Frage der wirtschaftlichen Einigung von Deutschland und Österreich-Ungarn 1914. (S. 32.): „Es ist klar, daß ein so umfangreiches, sich bis zu einem gewissen Grade selbst genügendes Gebiet eben wegen dieser beiden Eigenschaften im internationalen Verkehr, namentlich beim Abschluß etwaiger Handelsverträge, ein entscheidendes Gewicht in die Waagschale legen kann. Namentlich wird ein Wirtschaftsgebiet von solchem Umfange einen fühlbaren Einfluß auf benachbarte Staaten ausüben.“ — Julius Wolf, Ein deutsch-österreichisch-ungarischer Zollverband. 1915. Auch Klein, Kulturgemeinschaft nach dem Kriege 1915. S. 87 ff. — Als einziger Gegner Karl Diehl, Zur Frage eines Zollbündnisses zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn. 1915; dazu die Kritik von Philippovich, Weltwirtschaftliches Archiv, Band V, S. 469 ff. — Während der Korrekturen erschien das Buch von Friedrich Naumann, Mitteleuropa 1915, das die Frage am tiefsten und eingehendsten behandelt. Eine Auseinandersetzung findet sich in meiner Literaturmiscelle: Weltwirtschaftliches Archiv Bd. VII, Heft 1 (1910).

Gestaltung der Beziehungen zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn spielt das rein politische Argument die Hauptrolle — nicht eben zum Vorteil der Sache⁴. Gewiß sind politische Mittel oft zu wirtschaftlichen Zwecken benutzt worden, ebenso wie politische Zwecke durch wirtschaftliche Mittel erreicht werden können. Trotzdem ist für die Erkenntnis Politik und Wirtschaft zunächst scharf zu trennen. Denn auf der anderen Seite ist nicht zu vergessen, daß gerade eine zu enge Verbindung wirtschaftlicher Momente zu politisch sehr unerwünschten und unliebsamen Folgen führen kann. Zunächst steht es ja keineswegs fest, ob denn bei den mannigfachen Völkern der ö.-u. Monarchie überhaupt jener Wille auch wirklich vorhanden ist, für den es nur den Weg zu finden gilt: ob bisher nicht zu ausschließlich allein die deutschen Stimmen laut geworden sind, die ja nur einen Teil der politischen Interessen des Donaufstaates vertreten. Deutsche und Magyaren, bei denen der politische Wille von vornherein vorhanden sein kann, machen doch nur zwei Fünftel der dortigen Bevölkerung aus. Aber lassen wir das ganz auf sich beruhen, so ist es doch in höchstem Grade unwahrscheinlich, daß die politische Konstellation von 1915 überhaupt nach dem Kriege lange Bestand haben wird. Dazu ist das Bündnis der Ententemächte zu unnatürlich, sind die Ziele jedes der Staaten zu verschiedenartig, sind auch wirtschaftlich die positiven Interessen des Bierverbandes ganz entgegengesetzt. Einstweilen ist ja nichts gemeinsam als die Abneigung gegen Deutschland, was sie zusammenhält. Mit einer Änderung der politischen Konstellation haben wir also zu rechnen. Der wirtschaftliche Zweibund müßte aber auch dann seine Geltung behalten, wenn die politischen Verhältnisse sich ändern. Um so notwendiger erscheint die rein wirtschaftliche Untersuchung der Frage losgelöst von jedem politischen Sentiment.

Dabei kann die Frage einer mitteleuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft nicht Gegenstand einer Untersuchung werden, da die Voraus-

⁴ Auch Julius Wolf, der den Gedanken des mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins seit langem vertreten hat, meint S. 3: „Es gilt, den Schwung dieser Zeit auf die Mühlen des beiderseitigen wohlverstandenen Interesses zu leiten.“ — Losch a. a. O. S. 16: „Man kann gar nicht stark genug betonen, daß es die Festigung der äußeren wie inneren Solidarität ist, welche für alle künftigen politischen Abmachungen zwischen zwei Großstaaten maßgebend sein muß.“ Die meisten Aufsätze in den Zeitungen gehen von denselben politischen Erwägungen aus; eine Ausnahme macht die Artikelreihe der Frankfurter Zeitung („Ein Wirtschaftsbindnis der Centralmächte“) vom 1. bis 16. Mai 1915.